Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

305 (29.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Duys, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 305 — Donnerstag, den 29. Dezember 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Durch eine neue Verordnung wird die Reichsregierung ermächtigt, einen Verwendungszwang für Butter bei der Herstellung von Margarine anzuordnen.

*

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat eine Verfügung erlassen, die sich mit der Durchführung des Notwerks für die deutsche Jugend beschäftigt.

*

General Litzmann hat sein Mandat als nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter niedergelegt.

*

Mit Kanada hat Deutschland ein vorläufiges Meistbegünstigungsabkommen abgeschlossen.

*

Die südafrikanische Union hat nach englischem Vorbild sich von der Goldwährung gelöst und die Einlösung der Noten in Gold eingestellt.

*

In St. Pauli-Hamburg hoben Polizeibeamte ein umfangreiches kommunistisches Waffenlager aus. Vier Kommunisten wurden festgenommen.

Notwerk für die deutsche Jugend

Die Durchführungsbestimmungen

Berlin, 28. Dez. Im Anschluß an den Aufruf des Reichspräsidenten über das Notwerk für die deutsche Jugend hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenvermittlung eine Verfügung an die Präsidenten der Landesarbeitsämter erlassen. In dieser Verfügung wird u. a. angeordnet, daß tunlichst bald alle Stellen, die nach ihrem Aufgabenkreis Hilfe für die arbeitslose Jugend leisten, **zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen werden sollen.** Neben dem Arbeitsamt kommen vor allem die Gemeinden, freie Wohlfahrts- und Jugendpflege, Geistlichkeit und Lehrerschaft, die Jugendverbände aller Art für diese Arbeitsgemeinschaften in Frage.

Das Notwerk soll den jungen Arbeitslosen täglich mindestens vier Stunden sinnvolle Beschäftigung bieten. Hiervon sollen grundsätzlich durchschnittlich mindestens zwei Stunden täglich auf berufliche Bildungsarbeit verwendet werden. Mindestens weitere zwei Stunden täglich sind auf Leibesübungen oder auf gemeinsame geistige Beschäftigung zu verwenden, die der geistig-sittlichen Ertüchtigung dienen sollen. Nach dem Erlaß soll geprüft werden, ob Gruppen von Jugendlichen zu Helfersdiensten bei Einrichtungen der öffentlichen und freien Fürsorge, die sich nicht zur Anerkennung im Freiwilligen Arbeitsdienst eignen, eingesetzt werden können. Für junge Arbeitslose, die keinen Rückhalt in der Familie haben, ist die **Einrichtung von Tagesheimen** durch geeignete Träger zu fördern.

Für die Durchführung des Notwerkes sind die Kräfte und Mittel aller vorhandenen Stellen planmäßig einzustellen. Nach Möglichkeit sollen alle verfügbaren Plätze in den Werkstätten der Berufsschulen und Fachschulen in Anspruch genommen werden und darüber hinaus leerstehende Betriebsanlagen als Schulungswerkstätten benützt werden. Die sonstige geistige und sportliche Beschäftigung wird vornehmlich den Einrichtungen der Jugendpflege, der Volksbildung, den Turn- und Sportvereinen usw. obliegen.

Was die in dem Aufruf des Reichspräsidenten erwähnten Kameradschaften der jungen Arbeitslosen anlangt, so sind zur Bildung solcher Kameradschaften **alle Gemeinschaftsgruppen** (Jugendverbände usw.) berechtigt, die keine staatsfeindlichen Ziele verfolgen. Parteipolitischen Bestrebungen darf das Notwerk nicht dienstbar gemacht werden. In der Regel soll eine Kameradschaft nicht weniger als 25 Mitglieder haben.

Die beruflichen Bildungsmaßnahmen bleiben nach wie vor darauf gerichtet, die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen zu erhalten und zu steigern, ihre Verwendungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Verbundenheit mit dem Beruf aufrecht zu erhalten.

Zur Durchführung des Notwerkes hat die Reichsregierung einen Betrag von 9 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Aus diesen Reichsmitteln können insbesondere an freiwillige Kameradschaften Beihilfen vor allem zu den Kosten der Verpflegung gewährt werden. Als Beihilfe kann höchstens ein Betrag von täglich je 15 bis 25 Rpfg. gewährt werden, im Durchschnitt des Landesarbeitsamtsbezirkes jedoch nicht mehr als 20 Rpfg. Die Beihilfen haben regelmäßig zur Voraussetzung, daß sich auch andere — private oder öffentliche — Stellen mit eigenen Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Aufgaben des Notwerkes beteiligen. Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind an den Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu richten.

Furchtbare Szenen bei einem Flugzeugabsturz

T.U. **London**, 28. Dez. Bei Wau in Neu-Guinea stürzte ein Flugzeug, in dem sich der amerikanische Flieger Drayton mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter, sowie einem amerikanischen Fluggast befanden, ab und ging in Flammen auf. Die Frau und die Tochter konnten sich retten, mußten aber zusehen, wie der Vater und Gatte, der mit dem Fuß in der Maschine hängen geblieben war, vor ihren Augen verbrannte. Auch der Fluggast fand den Tod in den Flammen.

Verordnung über Butterbeimischungszwang

und Erweiterung des Maismonopols

Berlin, 28. Dez. Zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette ist die Reichsregierung durch **eine Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten ermächtigt worden, einen Verwendungszwang für Butter bei der Herstellung von Margarine in Ergänzung des schon seit 1. Dezember 1930 bestehenden Verwendungszwanges für Talg und Schmalz anzuordnen.**

Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, **Vorschriften über den Umfang der Herstellung von Margarine, Kunstspeisefett, Pflanzenfetten und gehärtetem Tran zu erlassen, sowie einen Verwendungszwang von inländischen Oelsaaten in den Oelmühlen anzuordnen.**

Schließlich enthält die Verordnung noch Bestimmungen, die die **Reklame für Margarine und Kunstspeisefette** betreffen und Mißbräuchen auf diesem Gebiete entgegenwirken sollen.

Diese Maßnahmen **sollen den bäuerlichen Wirtschaften helfen,** die auf das schwerste unter der allgemeinen Wirtschaftskrise und dem Tiefstand der Preise für die Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft leiden. Der Erlös aus diesen Betriebszweigen lag bereits im vergangenen Wirtschaftsjahr mit nur noch 4,3 Milliarden RM. um 2,1 Milliarden RM unter dem Erlös im Wirtschaftsjahr 1928/29. Das Schicksal der **bäuerlichen Veredelungswirtschaft** ist besonders bedeutungsvoll auch deshalb, weil von ihr das Gedeihen des gesamtwirtschaftlich unentbehrlichen Siedlungswerkes abhängt.

Die jetzt vorgesehene **Regelung der Fettwirtschaft** stellt eine **Ergänzung der Kontingentierung der Einfuhr von Butter und Schmalz dar.** Sie soll den Anteil der ausländischen Rohstoffe bei der Margarineherstellung zugunsten der einheimischen tierischen Fette einschließlich Butter zurückdrängen. Die Margarineindustrie verarbeitet heute zu etwa 97 und 98 Prozent Rohstoffe ausländischer Herkunft, und zwar vor allem pflanzliche Oele und Tran. Ursprünglich war Rindertalg der Grundstoff der Margarine. Noch im Jahre 1913 betrug der Anteil der tierischen Fette (Talg, Schmalz) etwas mehr als die Hälfte. Der Buttermarkt soll durch Verarbeitung gewisser Mengen bei der Margarineherstellung entlastet werden. Im Verhältnis zur Gesamtmargarineerzeugung sind die für die Beimischung in Frage kommenden Buttermengen gering, so daß die Butterbeimischung keinen Einfluß auf den Margarinepreis, soweit es sich um Margarine für den Verbrauch der breiten Massen handelt, haben wird.

Bei der Reichsregierung besteht der Wunsch, die mit der Verordnung angestrebten Ziele im Wege freiwilliger Vereinbarungen mit der Margarine- und Oelmühlenindustrie zu erreichen, so daß die Ermächtigung zur gesetzlichen Regelung gar nicht Anwendung zu finden braucht.

Da nach Auffassung der Reichsregierung eine Einfuhr fremder Butter von insgesamt höchstens 40 000 Tonnen für die deutsche Landwirtschaft erträglich ist, die tatsächliche Einfuhr aber mit 55 000 Tonnen begrenzt ist, bestimmt die Verordnung, daß 15 000 Tonnen einheimischer Butter in der Margarinefabrikation verwendet werden müssen. Das würde bei einer jährlichen Erzeugung von 500 000 Tonnen Margarine einen Butterzusatz von drei Prozent bedeuten.

Durch die gleiche Verordnung des Herrn Reichspräsidenten wird das **Maismonopol** auf andere Getreidearten als die in Nr. 1 bis 7 des Zolltarifs besonders genannten, sowie **auf Reis, Reisabfälle, Rückstände von der Stärkeerzeugung aus Reis usw. ausgedehnt.** Der Zweck des Maismonoplos war es, eine übermäßige Einfuhr ausländischer Futtermittel im Interesse der Verwertung deutscher Futtermittel fernzuhalten. Die Lösung dieser Aufgabe wurde durch eine steigende Einfuhr von Reis und Reisabfällen mehr und mehr gefährdet.

Im Hinblick auf die großen inländischen Ernten an Kartoffeln, Hafer, sonstigem Futtergetreide und Futtermitteln, die die Futterversorgung der inländischen Viehhaltung zu angemessenen Preisen ermöglichen, und angesichts ihrer Bedeutung für den gesamten Getreidemarkt war deshalb zur Sicherung des Absatzes und der Verwertung dieser inländischen Erzeugnisse auf dem Futtermittelmarkt die Einbeziehung von Reis und Reisabfällen in das Maismonopol unerläßlich. Die Preise für Speisereis sollen durch diese Regelung nicht beeinflußt werden.

*

Monopolzuschläge für Reis und Reisabfälle

T.U. **Berlin**, 28. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat in seiner Sitzung vom 29. Dezember infolge der durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember 1932 vorgesehenen Einbeziehung von sogenannten anderen Getreidearten der Zolltarifnummer 8 und von Reis der Tarifnummer 10 und 163 (auch soweit sie als verschrotet zu Nr. 165 des Zolltarifes gehören), sowie von Reisabfällen aus der Nummer 192 u. von Reisrückständen usw. der Tarifnummer 194 für die Zeit vom 27. Dezember 1932 ab bis zum 10. Februar 1933 einschließlich folgende Regelung getroffen:

Die genannten Warenarten erhalten, soweit sie aus dem Ausland eingeführt werden, zu dem Tagesauslandspreis (verzollt) folgende Monopolzuschläge:

Waren der Tarifnummer 8 85 RM. je Tonne; Waren der Tarifnummer 10 (soweit sie zur Zeit mit 2.50 RM. je Dztn.) zollpflichtig sind) 85 RM. je Tonne; Waren der Tarifnummer 192 (soweit sie in Absatz 1 angeführt sind) 110 RM. je Tonne; Waren der Tarifnummer 194 (soweit sie in Absatz 1 angeführt sind) 70 RM. je Tonne.

Ferner für Waren der Zoll-Tarifnummer 10 soweit sie unter Zollsicherung abgelassen werden, 1 RM. je Tonne.

Für Waren der Zolltarifnummer 163 1 RM. je Tonne.

Die beiden letztgenannten Zuschläge von je 1 RM. für die Tonne beziehen sich auf Speisereis und Reis zur Herstellung von Reisstärke. Sie zeigen ohne weiteres, daß sie wirtschaftlich nicht einen wirklichen Monopolzuschlag, sondern nur eine Ausschreibegebühr darstellen. Das entspricht der Zusage der Reichsregierung, diese Waren durch das Monopol nicht zu verteuern.

Die Festsetzung der Monopolverkaufspreise für die im Inlande gewonnenen Reisabfälle und Rückstände der Tarifnummer 194 soll spätere Regelung vorbehalten bleiben.

Die Geltungsdauer der Monopolverkaufspreise der Reichsmaisstelle für Mais und Dari ist über den 12. Januar 1933 hinaus bis zum 10. Februar 1933 einschl. verlängert worden.

Deutschnationale Forderungen

zur Erhaltung des Mittelstandes

Berlin, 28. Dez. Die vom deutschnationalen Parteivorstand angenommenen wirtschaftspolitischen Richtlinien enthalten u. a. mehrere Forderungen zur Erhaltung des Mittelstandes. Als vordringlichste Maßnahme wird der **Abbau der Hauszinssteuer** bezeichnet. Umbau der Filialsteuer und Erleichterung der Umsatzsteuer müssen folgen. Die werbenden Betriebe sind vor der Konkurrenz der öffentlichen Hand zu schützen. Die Konsumvereinsbewegung ist aufzuhalten. Vor allem aber ist Sorge zu tragen, daß die Kreditnot der mittleren und kleineren Betriebe aller Wirtschaftszweige gehoben und ihr Betriebsmittelbedarf zu mäßigen Zinssätzen befriedigt wird. In diesem Zusammenhang gehört auch die Schaffung eines Entschuldungsplanes für mittelständische Betriebe, ähnlich den Vorschlägen Dr. Hugenbergs, zur Entschuldung der Landwirtschaft mit Vollstreckungsschutz und Konvertierung kurzfristiger Schulden unter tragbaren Bedingungen. Endlich wird die Forderung nach einer ausreichenden Vertretung für den gewerblichen Mittelstand in der Reichsregierung erhoben.

Erleichterung der Lage des Hausbesitzes

Berlin, 28. Dez. Die **Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden** betragen ein Fünftel der Kosten, für die Teilung von Wohnungen die Hälfte. Um den einzelnen Hausbesitzern die Aufbringung des eigenen Anteils an den Kosten zu erleichtern, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen getroffen. Die Deutsche Bau- und Bodenbank, Berlin, hat sich bereit erklärt, Kredit auf der Grundlage der dem Hausbesitz zustehenden Steuergutscheine für die Grundsteuer zu geben, soweit die Steuergutscheine am 1. April 1934 und am 1. April 1935 fällig werden. Der besondere Vorteil für den Hausbesitzer liegt darin, daß auch der Anspruch auf künftige Steuergutscheine als Grundlage für eine Kreditgewährung anerkannt wird; die Abtretung des Anspruchs auf solche Steuergutscheine soll als Sicherheit genügen.

Zur Durchführung der Kreditaktion hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die Reichsbürgschaft übernommen. Der Kredit wird dem Hausbesitzer unmittelbar durch örtliche Kreditinstitute gegeben werden, die insoweit mit der Bau- und Bodenbank zusammenarbeiten. Daneben ist die bereits vor einigen Monaten eingeleitete Kreditbeschaffung auf der Grundlage von Instandsetzungswechseln dadurch weitergefördert, daß der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen Anträge von größeren Kreditinstituten auf Uebernahme der Reichsbürgschaft entsprochen hat.

Der „Völkische Beobachter" zur Lage

München, 28. Dez. Der „Völkische Beobachter" erklärt, daß sich in diesen Tagen wieder einmal die klare Führung Adolf Hitlers in besonders eindrucksvoller Weise rechtfertigt. Würde der Führer heute wieder den Massen die Frage vorlegen, ob er seinen guten Namen und den herrlichen Geist der Bewegung opfern solle, um, ohne Vollmachten die Verantwortung für Herrn von Schleicher zu übernehmen, dann würden ihm die Zehntausende wie beim letzten Deutschlandflug wieder ein donnerndes Nein zur Antwort geben. **Die immer grauenvoller werdende Not sei der zuverlässigste Bundesgenosse der nationalsozialistischen Bewegung im Kampfe um die Macht. Vor dieser Not werde auch das Kabinett Schleicher in kurzer Zeit kapitulieren müssen.**

*

Der „Angriff" kündigt eine Klage Fricks gegen Otto Strasser an

Berlin, 28. Dez. An der Spitze seiner Ausgabe meldet der „Angriff", daß Dr. Frick den Herausgeber der „Schwarzen Front", Otto Strasser, und den verantwortlichen Schriftleiter dieses Blattes, Hildebrandt, „verklagt bezw. Strafanzeige gegen sie erstattet hat". Die „Schwarze Front" hatte vor einigen Tagen über die letzte Fraktionssitzung der Reichstagsabgeordneten der NSDAP., bei der auch Adolf Hitler anwesend war, Enthüllungen gebracht. Sie hatte erklärt für die Wahrheit ihrer Berichterstattung Zeugen beibringen zu können und sich geweigert, eine ihr von Dr. Frick gesandte Berichtigung zu bringen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Erschütternde Berichte über die Weichselgrenze

T.U. **Königsberg,** 28. Dez. Der Ostmarkenrundfunk veranstaltete am Mittwoch abend eine bedeutende Kundgebung „An der Weichselgrenze", die einen außerordentlichen Wiederhall gefunden hat, zumal sie von fast allen deutschen Sendern übernommen wurde. Diese Sendung stand unter Leitung von Ernst W. Freißler. Die Vorträge hielten Landrat Ullmer-Marienwerder und der Sprecher der Orag, Hans Gert von der Burchhardt. Die ganze Veranstaltung gliederte sich in drei Teile.

Zunächst gab von der Burchhardt Auszüge aus europäischen und amerikanischen Zeitungen bekannt und führte die Stellungnahme bekannte Männer wie Lord Rothermere an. In der Presse der ganzen Welt fänden sich Hinweise auf das Unrecht und die völlige Unklugheit dieser Grenzziehung im Osten. Selbst der bekannte Führer der polnischen Nationaldemokraten, Roman Dmowski, halte den Korridor für ein unhaltbares Gebilde. Wenn Ausländer mit scharfen Worten die Unhaltbarkeit der jetzigen Grenzziehung kennzeichneten, dann könne es uns Deutschen nicht verwehrt sein, immer wieder unsere Stimme zu erheben und zu sagen: „hier ist Unrecht geschehen".

An die Ausführungen Oberst Großes über die „700 Jahre deutsche Geschichte der Stadt Marienwerder und des Brückenkopfes Kurzebrack" knüpfte sich ein Zwiegespräch zwischen von der Burchhardt und Landrat Dr. Ullmer-Marienwerder, der die Fragen des Orag-Sprechers beantwortete. Er wies darauf hin, daß überall in der Welt, wo ein Fluß die Grenze zwischen zwei Ländern bildet, die Grenzlinie in der Mitte des Flusses im Talweg läuft. Das sei auch durch den Versailler Vertrag für die Weichsel anerkannt. Erst die Botschafterkonferenz in Paris 1922 habe — entgegen allen internationalen Gepflogenheiten — die Grenze auf das jetzige ostpreußische Ufer des Stromes, etwa 20 Meter vor den Deich gelegt. Drei besondere Brückenköpfe seien außerdem gebildet worden, die einige Kilometer in das ostpreußische Land hineingingen.

Geradezu erschütternd wirkte die Schilderung des Gemeindevorstehers Becher aus Großweide, der auf die Zerstückelung von landwirtschaftlichen Grundbesitz durch die Grenzziehung hinwies und auf die Schikane der polnischen Grenzbeamten, die es dem Bauern zuweilen verwehrten, selbst den eigenen Acker zu bestellen.

Dr. Ullmann sprach sodann über den Brückenkopf Kurzebrack. Die Grenze verlaufe hier mitten auf dem Deich. Der wertvolle Umschlaghafen von der Eisenbahn zum Strom sei in polnische Hand gekommen. Eine mit dem polnischen Schlagbaum versperrte Straße bilde den einzigen Zugang Ostpreußens zur Weichsel. In Wirklichkeit sei dies aber gar kein Zugang. Sogar der Versailler Vertrag habe selbst für den Fall, daß die Volksabstimmung 1920 gegen Deutschland ausgefallen wäre, Ostpreußen den ungehinderten Zugang zur Weichsel zugebilligt. Trotz der überwältigenden Mehrheit von 92 v. H. für Deutschland sei der Zugang durch einen Schlagbaum abgesperrt worden.

Deichhauptmann Wit erzählte, daß der von ihm betreute Deich von der Grenze sieben Mal durchschnitten wird. Die Folgen der irrsinnigen Grenzziehung seien die zahlreichen Grenzzwischenfälle.

Der Sprecher von der Burchhardt schloß die Sendung mit den Worten: „Wir haben versucht, ein Stück der Grenze im Osten anschaulich zu machen. Es ist nur ein kleiner Abschnitt der langen Grenzlinie, die heute wie ein Wundriß durch deutsche Lande geht. Will man längs dieser Grenze berichten von Gewalt, Unrecht, Not, merken Sie für heute den Namen Kurzebrack."

Meistbegünstigungsabkommen mit Kanada

Berlin, 28. Dez. Die Anwendung des deutschen Obertarifes auf Kanada wurde seinerzeit im Hinblick auf bevorstehende Handelsvertragsverhandlungen auf sechs Monate ausgesetzt. Diese sechs Monate-Frist läuft am 1. Januar 1933 ab. Da Verhandlungen mit der kanadischen Regierung im Hinblick auf die Ottawa-Konferenz in der Zwischenzeit noch nicht aufgenommen werden konnten, haben sich beide Regierungen entschlossen, vom 1. Januar 1933 ab sich gegenseitig autonom eine de facto Meistbegünstigung zu gewähren. Für die Behandlung deutscher Waren in Kanada bedeutet dies, daß anstelle des bisher angewandten Generaltarifes der kanadische Mitteltarif tritt.

Der stellvertretende Premierminister Sir George Burley wies darauf hin, daß das deutsch-kanadische Abkommen die Herstellung der Meistbegünstigung zwischen den beiden Nationen gebracht habe. Man hoffe, Verhandlungen über den **Abschluß eines endgültigen Vertrages** noch vor Ablauf der Laufzeit des jetzigen zu einem guten Ende zu bringen. Burley erklärte noch, daß Deutschland schon 1933 die vierte Stelle im Außenhandel Kanadas eingenommen hat.

Deutschland kämpft um Gleichberechtigung

Berlin, 28. Dez. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath veröffentlicht im Januarheft von Velhagen und Klasings Monatsheften einen Aufsatz über Deutschlands Kampf um die Gleichberechtigung in der Wehrfrage. Nach einem Ueberblick über die bisherigen Bemühungen Deutschlands um die Durchsetzung dieses Anspruchs schließt der Minister seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Inzwischen ist verschiedentlich der Versuch gemacht worden, unsere Absichten in der Weltöffentlichkeit zu mißdeuten und uns des Willens zur Aufrüstung zu bezichtigen. Diese Bemühungen sind offenbar von dem Bestreben diktiert, die Aufmerksamkeit von dem wahren Sachverhalt abzulenken. **Nicht um deutsche Aufrüstung handelt es sich, sondern um die Abrüstung der heute noch hochgerüsteten Staaten.** Diese haben es vollständig in der Hand, ob und inwieweit Deutschland seinen Rüstungsstand modifizieren muß. Je weiter sie abrüsten, um so mehr sie sich dabei nach dem Muster der Versailler Entwaffnungsbestimmungen richten, umso weniger wird Deutschland an seiner gegenwärtigen Rüstung ändern müssen. Wir haben es in Genf immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß uns jede — auch die weitestgehende — Abrüstung recht ist, wenn sie nur in gleicher Weise für alle gilt. Der Vorwurf, wir wollten ein neues Wettrüsten entfesseln, ist völlig unbegründet und ungerecht.

Die Verantwortung dafür, ob sich die vertragliche Festlegung der Rüstungen als realisierbar erweist, ruht auf den hochgerüsteten Staaten, vor allem auf Frankreich. Das deutsche Volk hat diesen Gedanken bereits ungeheure materielle Opfer gebracht. Wenn wir eine baldige Entscheidung verlangen, so sind wir dazu nicht nur durch die Verträge berechtigt, sondern auch durch Rücksicht auf die Sicherheit von Land und Volk verpflichtet".

Neuer amerikanischer Schritt in Paris

T.U. **Paris,** 28. Dez. In Pariser politischen Kreisen erwartet man für kommenden Samstag einen neuen Schritt des amerikanischen Botschafters in Paris bei Ministerpräsident Paul Boncour. Der Botschafter ist beauftragt, der französischen Regierung noch einmal zu bestätigen, daß die Washingtoner Regierung die Regelung der seit dem 15. Dezember überfälligen Schuldenzahlung als Vorbedingung für die Einleitung von neuen Verhandlungen betrachte. Nach dieser Verbalnote können die französisch-amerikanischen Verhandlungen dann als vorläufig unterbrochen gelten und werden erst wieder aufgenommen werden, wenn der neue amerikanische Staatspräsident Roosevelt sein Amt angetreten hat.

Der amerikanische Schritt in Paris nicht vor Neujahr.

T.U. **Paris,** 28. Dez. In der amerikanischen Botschaft verlautet, daß der — wie gemeldet — in französischen politischen Kreisen erwartete neue Schritt des amerikanischen Botschafters Edge jedenfalls nicht vor Neujahr erfolgen werde.

Aus der französischen Kammer

Cherons Vorlagen bewilligt

Die französische Kammer hat am Dienstag die Regierungsvorlage auf Bewilligung des Haushaltzwölftels und Ausgabe weiterer fünf Milliarden Frankenschatzscheine zur Deckung der dringlichsten Anforderungen angenommen. Der Generalberichterstatter Lamoureux sprach für die Bewilligung, bezweifelte aber, daß damit die Schwierigkeiten auch nur annähernd behoben würden.

In der Aussprache erklärte für die Sozialisten Bracke, die Zustimmung seiner Fraktion bedeute nur, daß sie der Regierung die Möglichkeit geben wolle, einen Monat lang zu regieren, nicht aber eine grundsätzliche Stellungnahme für Paul-Boncour. Das **Haushaltzwölftel** wurde dann mit der starken **Mehrheit von 524 gegen 53 Stimmen** bewilligt. Auch die Ausgabe weiterer Schatzscheine im Gesamtbetrag von 5 Milliarden Franken (ein Franken gleich 16 Pfennig) wurde bewilligt.

Der Finanzausschuß der Kammer hat mit 12 gegen 6 Stimmen grundsätzlich dem Gesetzentwurf zugestimmt, wonach der französische Staat die Bürgschaft für die von der **österreichischen Regierung** aufzunehmenden **Hundert-Millionen-Schilling-Anleihe** übernimmt.

Der Linksradikale Abgeordnete Stern hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Regierung zur Aufnahme einer staatlichen Anleihe von 3 ein Drittel Prozent in Höhe von 20 Milliarden Franken ermächtigt. Diese Anleihe soll zur Verringerung der schwebenden Schuld dienen.

300 Millionen Francs für die französische Landwirtschaft

In einer Nachtsitzung hat die Kammer den Gesetzentwurf angenommen, der dem Landwirtschaftsminister einen Betrag bis zu 300 Millionen Francs zur Stabilisierung der Getreidepreise, Finanzierung der nächstjährigen Ernte und Anlage von Getreidevorratslagern zur Verfügung stellt.

Wieder ein venezianischer Löwe von serbischer Hand zerstört

T.U. **Rom,** 29. Dez. Das halbamtliche „Giornal d'Italia" veröffentlicht eine weitere briefliche Meldung aus Spalato, derzufolge am 21. Dezember im Dorfe Sini in der Nähe von Spalato wiederum ein venezianischer Löwe zerstört wurde. Ein Soldat in Uniform soll im Angesicht der Wache den Markuslöwen, der an der Mauer eines jetzt als Kaserne dienenden Gebäudes angebracht war, mit einem Hammer beschädigt haben. Tags darauf habe der Gemeinderat den Löwen unter dem Vorwand der sicheren Aufbewahrung in ein Magazin entfernen lassen. Der damit beauftragte Gemeindebeamte habe dabei solchen Eifer gezeigt, daß er die schwere Steinplatte fallen ließ, wobei sie in Trümmer ging.

Politische Zwischenfälle in Berlin

Berlin, 28. Dez. Zwischen mehreren Nationalsozialisten und einem Trupp Kommunisten entstand in der Nacht zum Mittwoch vor einem NSDAP.-Lokal im Nordosten der Stadt eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Schüsse abgegeben wurden. Drei Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei durchsuchte ein kommunistisches Verkehrslokal und mehrere Häuser und nahm 60 Personen fest. Später versuchten Angehörige der NSDAP., ein kommunistisches Verkehrslokal im Norden Berlins zu stürmen. Sie warfen durch die offene Tür einen Sprengkörper, durch den aber niemand verletzt wurde. Fünf Nationalsozialisten und sechs Kommunisten wurden festgenommen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Sondertagung der Hitlerjugend abgesagt. Wie die Nationalsozialistische Korrespondenz mitteilt, ist die vom 30. Dezember d. J. bis 4. Januar 1933 geplante Sondertagung der Hitlerjugend in Gotha abgesagt und auf einen späteren Termin verschoben worden.

Griechenland liefert Insull nicht aus. Das Oberste Berufungsgericht hat das Ersuchen der amerikanischen Regierung um Auslieferung Samuel Insulls abgelehnt. Insull wurde sofort aus der Haft entlassen.

Tod zweier Kinder bei einem Laubenbrand. Die Wohnlaube des Arbeiters Eheleben in der Kolonie Katzenstein bei Berlin geriet in Brand. Als die Feuerwehr eintraf, war es nicht mehr möglich, irgend etwas zu retten. Die beiden Kinder der Familie, die heute allein in der Wohnlaube geblieben waren, die vierjährige Waltraut und die zweijährige Siegrid, wurden in einer eisernen Bettstelle verkohlt aufgefunden.

Schwerer Unglücksfall in Ploesti. In der Petroleum-Raffinerie Orion in Ploesti (Rumänien) stürzten drei Arbeiter, die auf einem Gerüst beschäftigt waren, aus großer Höhe ab. Zwei von ihnen fanden sofort den Tod, während der dritte Arbeiter mit leichten Verletzungen davonkam. Von ausströmenden Petroleumgasen wurde er jedoch betäubt und schließlich tot aufgefunden.

Hotelbrand in Bukarest. In dem im Mittelpunkt der Hauptstadt gelegenen achtstöckigen Hotel Britannia brach infolge Kurzschlusses ein Brand aus, der sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Die Hotelgäste, unter denen eine Panik entstand, liefen zum Teil halbbekleidet auf die Straßen. Es besteht die Gefahr, daß das Hotel gänzlich niederbrennt.

Brand in einem Eisenbahnausbesserungswerk. In einer Halle des Eisenbahnausbesserungswerkes in Frankfurt a. M. brach nachts Feuer aus. Ein Personenwagen brannte vollkommen aus, ein zweiter wurde beschädigt. Die Flammen ergriffen dann auch das Dach der Halle; die Eindeckung und ein Teil der Eisenkonstruktion der Halle wurden beschädigt.

Ein hoffnungsvoller Sprößling. Die Kriminalpolizei Koblenz verhaftete einen Lehrling aus Essen, der seinem Meister 6000 RM. unterschlagen hatte. Binnen vier Tagen hatte der hoffnungsvolle Sprößling 4000 RM. verbraucht. Bei seiner Festnahme fand man nur noch 2000 RM. bei ihm vor.

Das Ehedrama in Hanau. Zu dem furchtbaren Ehedrama in Hanau, wo der Rentenempfänger Georg Merz seiner im Bette liegenden Frau mit einem Hammer den Schädel zertrümmerte, erfahren wir, daß die schwer verletzte Frau jetzt ihren Verletzungen erlegen ist.

Der letzte Einsatz.

Roman von Georg Urbat.

Copyright 1932 by Romanvertrieb E. Kukluk, Halle-Saale.

(Nachdruck verboten.)

1

Der ist in tiefster Seele treu,
der die Heimat liebt wie du.

Hell und gleißend lag die Sonne des frühen sommerlichen Nachmittages über dem weiten, grünenden Tal, in dem die beiden Flüsse Inster und Angerapp hoch oben in Ostpreußen zusammenfließen und so den Pregel bilden.

Das hohe, rechte Ufer des Tales krönte ein Waldstreifen von ausgesucht schönen, hochgewachsenen Bäumen. Und wo der Wald aufhörte, noch von Bäumen umschattet, leuchtete hell und freundlich das Herrenhaus eines Gutes über das weite Tal der Inster und Angerapp, dem sich weiter hinten dunkel die Wirtschaftsgebäude des Gutes anschlossen.

In den Wald hinein zog sich ein kleiner Garten, in dem Schnittblumen gezogen wurden. Und vor den langen Beeten stand jetzt ein junges Mädchen ernst und nachdenklich. Der Arm lag schon voller Blumen. Nachdenklich sagte sie vor sich her: „Das wäre also für den Geburtstagstisch, und jetzt noch etwas für Muttchens Salon."

Sie kam nicht weiter in ihrer Ueberlegung. Von dem niedrigen Zaun her, der den Garten des Gutshof abschloß, rief es leise und aufgeregt. Da stand eine junge, kräftige Magd und rief mit gerötetem Gesicht: „Fräulein Bärbel! Fräulein Bärbel!"

Das junge Mädchen fuhr herum. Mit einigen flinken Sätzen war sie bei dem Mädchen. „Die Suse?" sagte sie fragend.

Die junge Magd nickte mit glänzenden Augen. „Die Suse hat's geschafft!" antwortete sie leise und doch wichtig. „Dreizehn! Fräulein Bärbel!" Und dazu hob sie alle zehn Finger in die Höhe und dann nochmals drei, als wenn sie ihre Worte noch sinnfälliger bestätigen müßte.

„Hurra!" rief jetzt laut Bärbel. „Weiß es meine Mutter schon?"

„Nein, Fräulein Bärbel!"

„Dann muß ich es ihr sofort erzählen. Das gibt heute doppelten Geburtstagskaffee. Und Sie sind auch eingeladen, Minna." Und damit stürmte Bärbel über den Gutshof. Dorthin, wo als niedriger Anbau sich die Küche an das Gutshaus anschloß. Da herrschte mit zwei jüngeren Lehrmädchen Mamsell Höpfner.

„Mamsell Höpfner!" rief sie. „Die Suse! Dreizehn! Wo ist Muttchen?"

„Die Frau Mutter ist im Salon!" sagte Mamsell Höpfner und nahm einen großen Topf vom Herd. Der war nicht leicht und hatte ihr etwas den Atem benommen, und als sie sich jetzt aufrichtete, fügte sie stockend, nach Luft ringend, hinzu: „Dort sind auch —"

Aber Bärbel hörte es nicht mehr. Die Tür fiel schon hinter ihr krachend ins Schloß. So eilig hatte sie es, die Nachricht ihrer Mutter zu überbringen.

Mißbilligend über so viel jugendliches Ungestüm schaute Mamsell Höpfner auf die krachende Tür. Dann aber sah sie sinnenden Auges durch das Fenster über den sonnendurchfluteten Gutshof. Ein freundliches Lächeln umspielte ihr nicht mehr junges, gutmütiges Gesicht: „Dreizehn!" murmelte sie entzückt. „Dreizehn! Das ist zwar eine Unglückszifferr. Aber die Suse ist tüchtig! Wir können es gebrauchen!"

„Hört ihr!" sagte sie dann laut zu ihren beiden Lehrmädchen. „Dreizehn hat die Suse. Die ist eben tüchtig!"

Die beiden jungen Mädchen wandten sich ab und kicherten in ihre Schürzen hinein. Was die gute Mamsell Höpfner wieder zu mißbilligenden Blicken veranlaßte. Aber sie nahm ihnen das Kichern nicht übel, sie waren ja noch so jung und dumm, und heute war doch Geburtstag. Mit gewichtigen Schritten ging sie zum Backofen, um nach dem Kuchen zu sehen, den sie zur Feier des Tages buk.

Hier muß gleich eingeschaltet werden, daß die Suse zwar einen menschlichen Namen trug, sonst aber ein nützliches vierbeiniges Wesen mit langen Hängeohren und kurzer, dicker Rüsselschnauze war. Sie war sehr vornehm, hatte einen langen, in ein landwirtschaftliches Zuchtbuch eingetragenen Stammbaum. Bärbel nannte sie immer lachend die „Edle von Yorkshire". Und nun hatte die Edle von Yorkshire dreizehn niedliche Edellinge von jungen Schweinchen zur Welt gebracht, die gewiß alle auch in das vornehme, dicke Zuchtbuch eingetragen wurden.

Bärbels Köpfchen arbeitete schnell und praktisch. Als sie so durch das stille Haus stürmte, Türen aufklinkte und zuschmetterte und „Schlumps", der kleine, lustige Foxterrier, der sie nun endlich wieder gefunden hatte, vor Vergnügen bellend hinterhertanzte, rechnete sie flink. Also dreizehn waren es! Dreizehn Yorkshireferkelchen. In acht bis zehn Wochen waren sie sicher so weit, daß sie verkauft werden konnten. Dreißig Mark mußte unbedingt jedes bringen. Dreizehn mal dreißig, das macht dreihundertneunzig Mark. Muttchen konnte dann wieder von den Hypothekenzinsen abzahlen, die ihr das Leben so schwer machten. Auch der schreckliche blaue Vogel, den der Gerichtsvollzieher vor zwei Tagen hinten an das alte Klavier geklebt hatte, der würde dann verschwinden.

Sie riß die Tür zu dem sogenannten Salon auf. Halbdunkel war das Zimmer. Die Vorhänge hatte man heruntergelassen, um es kühl zu halten. In das Halbdunkel rief sie hinein: „Hurra, Muttchen! Die Suse hat es auf dreizehn gebracht."

Sie stutzte. Als Antwort erklang ein verhaltenes Lachen. Das Lachen war ein Männerlachen. Rot stieg ihr die Verlegenheit in das Gesicht. Sie wollte kehrtmachen, wollte hinaus. Aber ihre Füße waren wie angewurzelt. Das Lachen war doch zu bekannt. Und dann stand auch schon die Mutter neben ihr, strich ihr liebkosend über das heiße Gesicht und sagte freundlich: „Möchtest du nicht zuerst unseren Gästen guten Tag sagen?"

„Gästen, Gästen?" murmelte sie verstört und fragend. Aber ihre Augen hatten sich schon an das Halbdunkel gewöhnt. Aus einem der ausgedienten Plüschsessel, den alten Paradestücken aus Muttchens „Salon", erhob sich eine hohe, schlanke Männergestalt in der Uniform eines Offiziers der Reichswehr.

„Harro! Du — Sie hier?" rief sie, als sehe sie einen Geist, und wollte nun erst recht davonlaufen. Der Offizier hatte aber schon ihre Hand ergriffen, hielt fest, recht fest sogar, und sagte lachend: „Also immer noch die kleine Tüchtigkeit in Haus und Hof. Guten Tag, kleine Tüchtigkeit!"

„Harro!" konnte sie nur verlegen sagen. „Wie kommst du, wie kommen Sie nur hierher?" und wollte ihm ihre Hand entziehen. „Ich habe kein Auto tuten, auch keinen Wagen rollen hören!"

(Fortsetzung folgt.)